[illegible] Mark. So weit bisher ermittelt werden konnte, ist der Einbruch vermutlich von drei Männern und einer Frauensperson gemeinsam verübt worden, die Abends in der Nähe der Fabrik beobachtet worden sind.

Bodenneukirchen i. V. Im Ortsteile Höfel brach am Sonnabend früh im Hause des zum Heeresdienst einberufenen Webers Strobel ein Brand aus, [illegible] das Strobelsche, als auch das benachbarte Köhlersche Anwesen zum Opfer fiel. Leider ist bei dem Brande auch das jüngste, im 5. Lebensjahre stehende Söhnchen Strobels, das im Obergeschoß im Bette lag, in den Flammen umgekommen. Von der gesamten unversicherten Habe der Brandbeschädigten konnte bei dem schnellen Umsichgreifen des Feuers nur wenig gerettet werden.

Plauen. Wegen Unterschlagung im Amte wurde der Oberpostassistent G. Mischall(?) aus Reichenbach i. V. vom Landgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte Briefe geöffnet und ihres Geldinhalts beraubt, um Schulden zu decken.

Plauen. Die Berliner Polizei hatte Kenntnis davon erlangt, daß Goldaufkäufer 2090 M. deutsches und 880 Kronen österreichisches Goldgeld bei einem hiesigen Kaufmann untergebracht hatten. Das Geld ist jetzt von der hiesigen Polizei beschlagnahmt worden.

Leipzig. Gestern, Montag, begann hier auf Grund von Vereinbarungen zwischen dem Rate, der Handelskammer und berufenen Vertretungen der Industrie und des Groß- und Kleinhandels die freiwillige Einführung der durchgehenden Arbeitszeit. Der Großhandel arbeitet von 8 bis ½5 Uhr, die Industrie von 7 bezw. ½8 bis ½5 Uhr und die Kleinhandelsgeschäfte sind von ½9 bis ½6 Uhr offen. Kriegswichtige Industrien bleiben im Vollbetrieb. — Die Einrichtung von Krankenküchen wird von der Allgemeinen Ortskrankenkasse geplant, um die Ernährung ihrer Mitglieder zu fördern und den Heil- und Genesungsvorgang zu verbessern. Der ärztliche Bezirksverein Leipzig hat sein Einverständnis hiermit ausgesprochen unter dem Ausdruck des Wunsches, daß diese Küchen allen minderbemittelten Kranken zugänglich gemacht werden möchten.

* * *

tu. Schleiz. Der älteste aktive Turner Deutschlands, der Stadtkämmerer a. D. Gustav Beithas, ist hier im Alter von 87 Jahren verstorben.

Brauchen wir einen Säuglings- und Kleinkinderschutz?

MJ. Krieg führen heißt Raubbau treiben. Ein Blick in das Leben aller kriegführenden Staaten beweist uns dies. Leider erstreckt sich dieser Raubbau nicht nur auf die wirtschaftlichen Bestände, sondern auch auf die Volkskraft. Die Verluste des Schlachtfeldes sind nicht nur ein Quell bitteren Leides für die Familien, sondern auch schwerster Besorgnisse für den Staat.

Keine Zeit mahnt so eindringlich wie die Gegenwart, daß in der Erhaltung und Kräftigung unseres Nachwuchses das vornehmste Mittel gegeben ist, unserem Vaterlande einen dauernden Bestand in den Stürmen der Zukunft zu gewährleisten.

Darum ward aus den Nöten des Weltkrieges heraus der Gedanke geboren, daß es für unser deutsches Volk ein Gebot der Selbsterhaltung sei, das bisher arg vernachlässigte Feld der Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge nunmehr kraftvoll und planmäßig zu bestellen.

Wieviel es hierbei zu tun gibt, lehrt die Reichsstatistik in wahrhaft erschreckenden Zahlen; die Säuglinge bilden etwa den vierzigsten Teil der Gesamtbevölkerung, unter den Toten aber mehr als den vierten Teil. Ihre Sterblichkeit ist demnach zehnmal so groß als die Sterblichkeit der Erwachsenen.

Bisher glaubte man sich damit trösten zu dürfen, daß die Sterblichkeit der jungen Menschenkinder eine natürliche Auslese zur Verbesserung des Menschengeschlechts darstelle; ein Grundsatz, der recht lebhaft an das grausame Sparta erinnert, das nur die Gesunden und Kräftigen am Leben erhielt, die anderen aber zu einem sofortigen Tode verurteilte. Diese Ansicht war aber falsch. Wäre das Gesetz der natürlichen Auslese richtig gewesen, so hätten die Gegenden mit größter Säuglingssterblichkeit, also größter Auslese, besonders kräftige und gesunde Erwachsene aufweisen müssen. Die Wirklichkeit zeigt an Hand der Militärtauglichkeit das genaue Gegenteil. Dagegen hat die Statistik einwandfrei etwas ganz anderes nachgewiesen: daß der Würgengel vor allem Flaschenkinder heimsucht, während die Brustkinder sich gesund und kräftig entwickeln.

Die Kinder werden fast ausnahmslos gesund geboren. Ihr frühes Sterben ist auf durchaus vermeidbare Fehler in der Ernährung und der Pflege zurückzuführen.

Unsere Aerzte haben im Verein mit Sozialpolitikern die Grundzüge für eine erfolgversprechende Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge seit langem schon festgestellt. Krieg dem Tode unserer Jüngsten! So lautet der Wahlspruch, den uns die Not unseres Volkes ans Herz legt. Aber auch zu dieser Kriegsführung gehört Geld, Geld und abermals Geld. In dieser Tatsache ist die große Bedeutung der Landessammlung begründet, die am 16., 17. und 18. November überall in unserem Sachsenlande erfolgen soll. Möge diese Erkenntnis die Herzen öffnen und mit den Herzen die Hände!

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Ein Kronrat in Berlin. Gestern hat unter Vorsitz des Kaisers und Königs eine Kronratssitzung stattgefunden, an welcher außer den preußischen Staatsministern und den Staatssekretären der Reichsämter u. a. auch Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff und der Chef des Admiralstabes der Marine v. Holtzendorff teilnahmen.

Czernin in Berlin. Der österr.-ung. Minister des Aeußern Graf Czernin ist gestern vormittag in Berlin eingetroffen.

Bei den Besprechungen des neuen Reichskanzlers mit den leitenden Parteiführern und Diplomaten ist außer der gesamten militärisch-politischen Lage, dem „Berliner Lokalanzeiger" zufolge, auch die polnische Frage eingehend erörtert worden. — Die Neubesetzung preußischer Ministerposten ist noch immer in der Schwebe. Dem Führer der preußischen Nationalliberalen, Dr. Friedberg, ist von Seite des Reichskanzlers bisher noch kein Angebot gemacht worden.

Eine neue Kriegskreditvorlage von 15 Milliarden Mark wird dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorliegen.

Deutscher Generalstabsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, [illegible] November 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

[illegible] von Passchendaele und an der Straße Menin–Ypern angegriffen.

Bei den anderen Armeen, insbesondere bei St. Quentin, [illegible] steigerte sich abends die Feuertätigkeit zu beträchtlicher Stärke an. Gewaltsame Erkundungen der Gegner schlugen an mehreren Stellen verlustreich fehl.

Auf dem [illegible] und an der [illegible] ist die Lage unverändert.

Italienische Front.

Die Tagliamentolinie ist von uns gewonnen! Die Italiener sind zwischen Gebirge und Meer erneut im Rückzuge. Deutsche [illegible] ihren Weg durch die oberitalienische Ebene. Die Erstürmung des [illegible] am Gebirgsrande durch angriffsfreudige deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen trieb einen Keil in die von Natur starken Verteidigungsstellungen des Feindes am Westufer des Abschnittes; die schnelle Erweiterung des so geschaffenen Brückenkopfes durch erfolgreiche Kämpfe zwang den Gegner zur Räumung der ganzen Flußlinie bis zur adriatischen Küste. Flußaufwärts bis zum Fellatal hielten gestern italienische Brigaden noch Stand. Der Druck unseres Vordringens hat die Italiener auch zur Aufgabe ihrer Gebirgsfront veranlaßt. Vom Fellatal bis zum Colbricon, nördlich des Suganatales, in einer Breite von mehr als 150 Kilometern haben die Italiener ihre seit Jahren ausgebaute Stellungszone aufgeben müssen und sind im Zurückgehen!

Die weiteren Operationen der verbündeten Armeen sind eingeleitet.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarische Truppen in Cortina d'Ampezzo eingerückt.

Wien, 6. November. Aus dem Kriegspressequartier wird mittags gemeldet: Unsere Truppen sind gestern um 6 Uhr abends unter dem Jubel der Bevölkerung in Cortina d'Ampezzo eingerückt.

Holzmangel und Holzteuerung in der Möbelfabrikation. Auf Anregung des preußischen Handelsministers sollen, womit in verschiedenen Städten schon der Anfang gemacht worden ist, alte Möbel gesammelt, wieder hergerichtet und den Kriegsbeschädigten und den später aus dem Felde heimkehrenden Soldaten, zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Schon seit längerer Zeit besteht ein großer Mangel an Möbeln, der besonders durch das Fehlen und durch die außerordentliche Preissteigerung der Hölzer und auch dadurch hervorgerufen worden ist, daß die Möbelfabriken ebenfalls meist für den Kriegsbedarf arbeiten. Der Mangel an Hölzern und die Hochhaltung der Holzpreise dürfte auch noch eine ganze Zeit nach dem Kriege anhalten, so daß auf lange Zeit über den Krieg hinaus mit einer starken Verteuerung aller Wohnungsmöbel gerechnet werden muß. Dieser Mangel an Möbeln und ihr hoher Preis würde gewiß nach dem Kriege sehr stark auf die Heiratsziffern einwirken; denn je schwieriger sich die Beschaffung eines Hausstandes stellt, desto weniger wird die Neigung hervortreten, Ehen einzugehen. Dadurch, daß alte Möbel wieder zum Gebrauch hergerichtet werden, kann dem Möbelmangel wohl zum Teil abgeholfen werden. In erheblicherem Maße würde dies aber später erreicht werden, wenn die Militärverwaltung nach Beendigung des Krieges aus ihren großen Beständen an Holzmaterial auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen und in der Heimat Holz zur Verfügung stellen würde. Viele dieser Holzmaterialien würden sich recht gut zur Herstellung einfacher Möbel eignen. Die Militärverwaltung hat bereits vor längerer Zeit erklärt, daß sie zur Wiederaufnahme der Bautätigkeit Baumaterialien hergeben will. Ein gleiches ließe sich sehr gut durch Lieferung von Holz bei der Möbelherstellung ermöglichen. Das brächte auch das Gute mit sich, daß wir zunächst auf dem Holzmarkt in viel geringerem Maße vom Auslande abhängig wären und für Holz weniger Geld ins Ausland zu senden brauchten.

Ein Türkenheim. Es ist jetzt ungefähr ein Jahr her, daß aus der Türkei zahlreiche junge Osmanen nach Berlin und anderen großen deutschen Städten kamen, um hier deutsches Handwerk zu erlernen und sich die deutsche Sprache und deutsche Bildung anzueignen. Während in früheren Jahren die Söhne der gebildeten Türken gewöhnlich Frankreich zu Studierzwecken zu besuchen pflegten, ist das in den letzten Jahren mehr und mehr anders geworden. Diese Bestrebungen haben ihren Erfolg der eifrigen Tätigkeit der Deutsch-Türkischen Vereinigung zu verdanken. Diese Vereinigung hat auch seit einiger Zeit den jungen Türken, die in der Reichshauptstadt weilen, einen Sammelpunkt geschaffen in Gestalt des im Villenviertel des Grunewalds gelegenen Türkenheims. Hier kommen wohl einmal alle Türken hin, die die Reise nach Deutschland angetreten haben, auch diejenigen, die nicht in Berlin bleiben, finden hier vorübergehende Unterkunft. 12 türkische Schüler sind in dem Heim zu dauerndem Aufenthalte untergebracht; und zwar werden sie demnächst in die Lehrlingswerkstätten der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft eintreten. Zuvor aber erhalten sie in dem Türkenheim den ersten Unterricht in der deutschen Sprache. Dieser Sprachunterricht wird in sehr anschaulicher Weise betrieben. Nicht allein, daß er trocken an der Hand eines Lehrbuches durchgeführt wird, — die Schüler werden vielmehr durch Führungen durch Berlin und seine Kunststätten mühelos an den alltäglichen deutschen Sprachgebrauch gewöhnt. Man kann wohl sagen, daß die jungen Türken sich schon recht gut in der kurzen Spanne ihres Hierseins in die veränderten Verhältnisse eingelebt haben. Auch an unsere Kost, die sich ja von der ihrer Heimat, zumal jetzt im Kriege, gewaltig unterscheidet, haben sie sich schnell gewöhnt.

Die Fraueninteressen im Reichstage. Die in diesem Monat wieder einsetzende Tagung des Reichstags wird sich mit einer Reihe wichtiger Anträge zu befassen haben, die wichtige Fraueninteressen behandeln. Sie umfassen den Schutz von Mutter und Kind durch Ausgestaltung der Säuglingsfürsorge, Schulkinderpflege, Kinderhortwesen usw. Weiter sollen die Bundesregierungen zur Einrichtung von Kinderheimen angeregt werden, die auf Verlangen der Mütter uneheliche Kinder in zartem Alter aufnehmen und bis zu einem gewissen Alter in ihrer Obhut behalten. Die Bedingungen zur Annahme an Kindesstatt sollen erleichtert, die Frage der Generalvormundschaft geregelt werden. Daneben wird sich der Reichstag mit dem Schutz jugendlicher weiblicher Arbeiter befassen. Besonderer Schutz soll für die mit giftigen und explosiven Stoffen Beschäftigten eingeführt werden, Erweiterung der Gewerbeaufsicht, weibliche Unfallaufsicht, [illegible] für Lohnschutz usw. sind weitere Punkte, die dem Reichstag zur Beratung und Regelung überwiesen sind.

Bulgarien.

Ein Sieg Radoslawows in der Sobranje. Die bulgarische Opposition hatte einen Mißtrauensantrag gegen Radoslawow eingebracht in der Hoffnung, ihn zu stürzen. Indessen hatte der Ministerpräsident trotz der Abwesenheit von 8 Mitgliedern der Regierungspartei mit 8 Stimmen Mehrheit und erhielt das Vertrauen. — Der bulgarische Ministerpräsident hat in der Parlamentssitzung vom 31. Oktober feierlich erklärt, daß alle Gebiete, wo bulgarisches Blut geflossen ist, Bulgarien gehören werden.

Spanien.

Auflösung des spanischen Parlaments. Ein am Sonntag abgehaltener Ministerrat beschäftigte sich hauptsächlich mit der Auflösung der Kammer, damit so schnell wie möglich, Ende Januar oder Anfang Februar, allgemeine Wahlen abgehalten werden können.

Eine Erklärung des neuen Ministerpräsidenten. Nach Beendigung des Ministerrates gab Garcia Prieto eine ministerielle Erklärung ab, in der auf die gegenwärtigen außergewöhnlichen Umstände hingewiesen wird, die bewirkt hätten, daß Männer von verschiedenen und entgegengesetzten politischen Anschauungen in dem Uebergangskabinett der Zusammenfassung vereinigt seien. Das Ziel des Kabinetts sei, die Neutralitätspolitik Spaniens fortzusetzen und unverzüglich mit Energie an die Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu gehen, der mit der Landesverteidigung zusammenhängenden Fragen die größte Aufmerksamkeit zu schenken und die neuen, ohne jede Beeinflussung der Regierung im Wahlkampfe gewählten Kammern einzuberufen. Das Kabinett erstrebe eine Erneuerung des Landes und fordere die öffentliche Meinung auf, durch ihre Vertretung getreulich den souveränen Willen des Landes zum Ausdruck zu bringen, damit das Parlament mit voller gesetzlicher Autorität die politischen, wirtschaftlichen und juristischen Fragen erörtern und lösen könne, die das Leben Spaniens in Zukunft berührten. Bis das Parlament seine Arbeiten aufnehme, bittet das Kabinett um Vertrauen, damit es allen Fragen gegenübertreten könne, die eine unverzügliche Prüfung erforderten. Die Erklärung kündigt weiter an, daß die Gemeindewahlen am 11. d. M. stattfinden werden.

Das künftige „Jugendamt" der Stadt Berlin.

Unter den organisatorischen Fürsorgeplänen, die in naher Zukunft verwirklicht werden sollen, ist vor allem das „Jugendamt" der Stadt Berlin von Bedeutung. Die bisherigen Jugendämter in deutschen Städten bauten sich fast ausnahmslos auf dem Vormundschaftsamt auf, hatten zum Leiter einen Berufsvormund und waren daher nichts weniger als vielseitig. Einen großzügigen Ausbau plant nunmehr Berlin, dessen Jugendfürsorge zwar außerordentlich reichhaltig, aber auch leider sehr zersplittert ist, so daß die baldige Durchführung des neuen Programms als höchst wünschenswert erscheint. Die Grundlagen des künftigen Berliner Jugendamtes und die noch zu fordernden Ergänzungen lassen sich den Ausführungen von Dr. Rott in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift entnehmen. Das städtische Jugendamt wird in seiner Art keine völlige Neuheit sein, da es in Frankfurt a. M. zum Beispiel eine solche Organisation bereits seit drei Jahren gibt. Die Fürsorgeeinrichtungen, die Säuglingspflege, Schulzahnklinik, Schulärztewesen, Ferienvereine, Kinderspeisungen, Fürsorgeerziehung usw. sollen organisatorisch zusammengefaßt werden durch ein Unternehmen, das den offiziellen Titel „Städtisches Jugendamt" erhält. Die Hauptaufgaben des Amtes bestehen in der Schaffung, Uebernahme und Unterstützung von Einrichtungen zur körperlichen Unterstützung der Jugend. Auch sollen die bereits innerhalb städtischer Verwaltungen bestehenden wirtschaftlichen Einrichtungen und Organisationen für Bildung und Unterhaltungsmöglichkeiten übernommen werden. Drittens soll das Amt als Mittelpunkt für alle Bestrebungen der auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätigen Vereine wirksam sein. Besondere Beachtung wird man der Hebung des Ernährungszustandes bedürftiger Gemeindeschulkinder schenken, der Errichtung von Erholungsheimen und Ferienkolonien, der Förderung von Jugendspielen und Schülerwanderungen, schließlich auch der Beaufsichtigung der gewerblichen Beschäftigung der Schulkinder durch die Einführung städtischer Schülerwerkstätten, durch Berufsberatung und Aehnliches. Gleichzeitig wird das Amt jedem Verein und jeder Privatperson als Auskunftsstelle für alle einschlägigen Fragen dienen. Zur Leitung des Amtes wird ein als Jugenderzieher bewährter Direktor bestimmt, dem zwei Gehilfen zur Seite gestellt werden sollen, deren einer dem praktischen Volksschuldienst entnommen wird. Die Frage, ob es nicht vielleicht besser wäre, an der Stelle eines solchen Jugendamtes gleich ein alle Gebiete umfassendes Wohlfahrtsamt für Berlin zu gründen, ist noch nicht abschließend beurteilt worden. Außerordentlich wichtig hingegen erscheint die Bemerkung Dr. Rotts, daß in den Stab des künftigen Jugendamtes unter allen Umständen auch ein Arzt aufgenommen werden müsse, was nach dem bisherigen Entwurf nicht in Aussicht genommen wurde. Wenn auch sicherlich das Jugendamt und das Stadtmedizinalamt zusammenarbeiten werden, so sind doch sämtliche Fragen der Jugendfürsorge so sehr mit hygienischen Problemen verknüpft, daß bei der Neugründung des Jugendamtes der Stadt Berlin unbedingt ein besonderer Arzt zugezogen werden müßte. Auf jeden Fall wird die Einführung des Jugendarztes einen außerordentlich großen Gewinn bedeuten.

Die Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Der Reichskommissar für Kohlenverteilung — Abteilung Elektrizität — hat jetzt eine Bekanntmachung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit erlassen, in der der Verbrauch der elektrischen Kraft sowohl durch die Abnehmer als auch durch die Erzeuger geregelt wird. Der Verbrauch wird für alle Verbraucher von elektrischer Arbeit, also auch für die kriegsnotwendigen Betriebe, eingeschränkt und zwar im allgemeinen auf 80 Prozent des Verbrauchs im gleichen Monat des Jahres 1916. Es bleibt aber vorbehalten, einzelne Konsumenten in stärkerem Maße als auf 80 Prozent einzuschränken. Kriegsnotwendige Betriebe, deren Bedürfnis an Elektrizität infolge von Erweiterungen gegenüber den des gleichen Monats des Jahres 1916 wesentlich gestiegen ist, werden auf 80 Prozent des Durchschnittverbrauchs der Monate August, September und Oktober 1917 eingeschränkt. Für Betriebe, die besonders kriegsnotwendig oder im Interesse des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Sicherheit dringend notwendig sind, kann auf Antrag die Einschränkung der elektrischen Kraft teilweise oder ganz außer Kraft gesetzt werden.

Kleinverbraucher werden von der Einschränkung nicht betroffen, soweit der Jahresverbrauch 250 Kilowattstunden nicht übersteigt. Neuanschlüsse sowie Erweiterungen bestehender Anlagen dürfen nur auf Grund besonderer Genehmigung ausgeführt werden. Für die in ihrem Bereich liegenden, von privater Seite betriebenen Stromversorgungsunternehmen ernennt jede Kriegsamtsstelle Vertrauensmänner, im Bedarfsfalle auch Stellvertreter. Sie weist jedem Vertrauensmann einen abgegrenzten Tätigkeitsbezirk zu. Die Vertrauensmänner haben die Aufgabe, mit den Kriegsamtsstellen und den Kommunalbehörden bei der Durchführung dieser Einschränkung die notwendigen Maßnahmen zu treffen und führen ihre Tätigkeit ehren-